

Auf dem Weg in eine neue, nachhaltige Normalität nach Corona

AutorInnenpapier Anja Siegesmund, Bernhard Stengele, Justus Heuer, Katharina Schmidt, Sebastian Götte

27. April 2020

Seit einigen Wochen steht das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in unserem Land an vielen Stellen still. Das Bewältigen der Corona-Pandemie fordert uns heraus, alles zu tun, um die Infektionsketten zu durchbrechen. In Thüringen ist uns das in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung und den anderen Bundesländern mit dem entschlossenen Umsetzen von Maßnahmen weitgehend gelungen.¹

Das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit steht jetzt im Vordergrund. Das fordert unser aller gegenseitige Solidarität. Dass dafür eine maßvolle befristete Einschränkung anderer Grundrechte, wie zum Beispiel bei der Kontaktbeschränkung, in Kauf genommen werden muss, ist gerechtfertigt, muss aber ständig überprüft werden. Die wöchentlich aktualisierten Daten von Prof. Dr. Cornelia Betsch und ihrem Team im Rahmen der COSMO-Studie der Universität Erfurt zeigen, dass die Akzeptanz hierfür nach wie vor hoch ist.

Diese Krise zeigt jedoch auch, wo Solidarität endet. In Europa sind Grenzen über Nacht wieder geschlossen worden. Das Flüchtlingsdrama auf Lesbos ist ungelöst und die Europäische Union erscheint in dieser Frage wie paralysiert, die Bundesregierung mutlos. Die Debatte über Coronabonds zeigt, dass die europäische Solidarität in Krisenzeiten aufgrund nationaler Egoismen schwach ist. Für uns gilt: „Nationalism first“ darf sich nicht weiter verfestigen und ausbreiten. Nur solidarische internationale Lösungen können uns in globalen Krisen weiterhelfen.

Schon jetzt steht fest, dass der „Lockdown“, also das Herunterfahren unserer Gesellschaft vergleichsweise einfacher zu organisieren war, als jetzt schrittweise Lockerungen auf den Weg zu bringen und gleichzeitig die Ansteckungskurve nicht aus dem Blick zu verlieren. Es wird und muss ein langsames Zurückerobern des Alltages (Phase 2) aller geben, hin zu einer „neuen Normalität“ (Phase 3). Und die berechtigte Frage ist, wie diese aussehen kann. Ein einfaches „Weiter so“ kann und wird es nicht geben. Zu viele Fragen haben die Pandemie und ihre Folgen aufgeworfen, zu viele falsche Prioritätensetzungen in unserer Gesellschaft offengelegt. Deshalb machen wir uns auf diesen Seiten Gedanken darüber, wie wir die Krise als Chance nutzen können, unser Zusammenleben auf neue Füße zu stellen. Dafür wollen wir Ideen und Diskussionsanstöße geben.

Wir sind davon überzeugt: Thüringen kann mutig voran gehen bei einem nachhaltigen Überwinden der Krise. Gemeinsam muss es uns darum gehen, die Chance, die selbst in dieser so schwierigen Situation steckt, zu nutzen, um zu mehr sozialer und ökologischer Gerechtigkeit zu kommen. Deshalb sagen wir: **Die entstehende neue Normalität ist eine Chance, wichtige Schritte zur Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation zu gehen und unsere Gesellschaft gerechter, widerstandsfähiger und nachhaltiger zu machen.**

1. Klima und Wirtschaft zusammen denken und nachhaltig fördern

Wir sind uns darüber einig, dass Covid-19 mit solch drastischen Mitteln bekämpft wird, weil es Millionen von Menschenleben gefährdet. Doch die Herausforderung durch die **Klimakrise** ist ebenso groß. Deshalb muss es jetzt darum gehen, einen Weg in eine klimaneutrale Zukunft mit einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise zu ebnet. Um nicht mit staatlichen Hilfgeldern allein einen Status Quo zu zementieren, den wir eigentlich überwinden wollen, müssen wir sofort alle

¹ Zur Wahrheit gehört dazu, dass wir mit der 2. Ministerpräsidentenwahl innerhalb von 4 Wochen am 5. März 2020 knapp an einer Regierungskrise während der Corona-Pandemie vorbei geschrammt sind.

kommenden Konjunkturprogramme auf diesen Weg ausrichten. Mit den folgenden Punkten wollen wir die negativen Auswirkungen der Corona-Krise abmildern, regionale Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze erhalten beziehungsweise neu schaffen und Thüringen eine nachhaltige, zukunftsfähige Perspektive geben.

Kreislaufwirtschaft und die Transformation unseres Energiesystems im Speziellen sowie die notwendige Ausrichtung der Wirtschaft auf Treibhausgas-Neutralität und nachhaltige Ressourcennutzung im Allgemeinen, müssen bei allen konjunktur- und strukturpolitischen Maßnahmen mitgedacht werden. Kommende konjunkturelle Impulse sollten also grundsätzlich in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaverträglichkeit wirken. Wir unterstützen ausdrücklich die Forderungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zum „klimagerechten Rettungsschirm“.²

Der Thüringer Koalitionsvertrag enthält auf Drängen von uns Bündnisgrünen hin ein klares Bekenntnis zu einer Politik des **Green New Deal** – wir wollen nachhaltig und langfristig auf eine stabile wirtschaftliche Basis für Thüringen setzen und gleichzeitig notwendige Transformationsprozesse vorantreiben. Der ökologische Umbau ist angesichts der erkennbaren Auswirkungen der Klimakrise auf Thüringen bereits jetzt dringender denn je. Wir sind davon überzeugt, dass es gelingen kann, Thüringen bis 2035 erneuerbar zu machen und zwar dezentral und regional und damit auch krisenfest.

Wir wollen daher den **Ausbau Erneuerbarer Energien** im Strombereich in Thüringen vorantreiben, indem wir

- Post EEG-Anlagen³ anschlussfähig machen,
- die Finanzierung von Erneuerbare-Energien-Projekten (zum Beispiel Wind-Fonds-Thüringen für Kommunen) anreizen,
- den Druck auf den Bund zur Abschaffung des 52-Gigawatt-Solardeckels erhöhen,
- Bürgerenergieprojekte mit regionaler Vermarktung stärken,
- auf intelligente Vernetzung (Smart Grids⁴) setzen.

Damit einher geht, dass wir die Sektorkopplung⁵ stärker voranbringen und aufbauend auf die Wasserstoffstrategie des Umweltministeriums eine grüne Wasserstoffwirtschaft etablieren wollen. Speichertechnologien behalten wir dabei im Blick und wollen nachhaltige Lösungen verstärkt fördern.

Unsere Lebensweise muss aber auch noch deutlich ressourceneffizienter werden. Deshalb wollen wir zum Beispiel die **energetische Gebäudesanierung** intensivieren, auch indem wir Bauen mit Holz erleichtern, um eine Substitution von energieintensiven Prozessen bei der Baustoffindustrie zu erlangen und die regionale Forstwirtschaft zu unterstützen.

Durch die Corona-Krise werden Fragen der **Mobilität** plötzlich neu gestellt. Eine sichere und leistungsfähige Fuß- und Radinfrastruktur vor Ort erweist sich als immer notwendiger. Erste Städte testen deren temporären Ausbau, um erforderliche Abstandsregeln einhalten zu können. Wir denken: Das wird sich bewähren und sollte zum neuen Standard werden! Hierfür braucht es **kluge Investitionen in Mobilität** und auch die **Aufstockung von Klima Invest**.⁶

² Vgl. Claudia Kemfert: Ein klimagerechter Rettungsschirm, in:

https://www.diw.de/de/diw_01.c.758563.de/nachrichten/ein_klimagerechter_rettungsschirm.html (zuletzt abgerufen am 24.04.2020).

³ Energieerzeugende Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Förderung des „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“ (EEG) fallen.

⁴ Intelligente Stromnetze (Smart Grids) kombinieren Erzeugung, Speicherung und Verbrauch. Eine zentrale Steuerung stimmt sie optimal aufeinander ab, um Leistungsschwankungen auszugleichen.

⁵ Damit ist die Verbindung von Sektoren der Energiewirtschaft, etwa von Strom, Wärme und Verkehr gemeint.

⁶ Klima Invest ist das Förderprogramm des Thüringer Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz, das Kommunen bei Vorhaben für Klimaschutzmaßnahmen und zur Anpassung an den Klimawandel unterstützt.

Darüber hinaus können wir uns ein **Recht auf Homeoffice** vorstellen und wollen darüber diskutieren, welche Möglichkeiten für Unternehmen und Arbeitnehmer*innen sich damit bieten und welche Unterstützung sie für die Umsetzung von Homeoffice benötigen. Produktivität hängt nicht vom Arbeitsort ab.

Wir wollen, dass **öffentliche Gelder stärker in öffentliche Güter**, wie eine intakte Umwelt, gelenkt werden. Wer nachhaltiger wirtschaften will, muss endlich aus Subventionen für fossile Energieträger zugunsten klimafreundlicher Anreize aussteigen (zum Beispiel der Flughafen Erfurt-Weimar). Wirtschaftszweige, die sich um Nachhaltigkeit bemühen, sollen im Gegenzug belohnt werden. Um die negativen Folgen der Klimakrise zu begrenzen, müssen wir das industrielle Agrarsystem schrittweise ändern. Eine klimafreundlichere Landwirtschaft ist nötig und möglich.

Durch die Ansiedlung zukunftsorientierter Wirtschaftszweige kann Thüringen zu einem „Land der Nachhaltigkeit“ werden. Mit Projektmitteln der Bundesebene können wir Forschungszentren zu Themenkomplexen wie Kohlen- und Energiespeichertechnologien sowie nachhaltige Mobilität gründen und die Unterstützung solcher Start-Ups hochfahren.

Nicht zu vergessen ist, dass wir in den Bereichen Handel, Dienstleistungen und Gastronomie bereits eine gut funktionierende regionale Wirtschaft haben. Diese wurde und wird durch die Corona-Krise stark in Mitleidenschaft gezogen. Der Erfindungsreichtum vieler Unternehmer*innen und eine große zivilgesellschaftliche Solidarität verhindern hier momentan das Schlimmste. Unser Ziel muss es sein, diese regionalen Wertschöpfungsketten zu stärken, wo wir können. Denn sie sind eine wichtige Stütze der Gemeinschaft – und ganz nebenbei die klimafreundlichere Alternative zu globalen Lieferketten und Online-Handel-Monopolen.

2. Krisenfeste Bildungsgerechtigkeit und Priorität für Kinderrechte

Das Recht auf Bildung von Kindern und Jugendlichen ist ein Grundrecht. Bildungsangebote sollten daher so schnell wie möglich wieder in Anspruch genommen werden dürfen, auch um soziale Risiken zu mindern.

Wir schließen uns der Forderung des Kinderhilfswerks⁷ an, „Kinderrechte[n] – auf Schutz, Förderung und Teilhabe von Kindern – (...) gerade in dieser Ausnahmesituation höchste Priorität (...) einzuräumen! Wie es in einer Notsituation gelingt, Ungleichheiten nicht weiter zu verstärken, ist entscheidender Maßstab für die Bewertung der Bekämpfungsstrategien und letztlich für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Die vorrangige Berücksichtigung der kindlichen Interessen bei staatlichen Entscheidungen – so auch bei allen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie – braucht es in Notsituationen wie dieser mehr denn je.“

Das Schließen von Kindergärten und Schulen sowie außerschulischen Lernorten, das Aussetzen von Vereinsleben und Freizeitaktivitäten bedeutet(e) für unsere Kinder einen massiven Einschnitt. Kinder brauchen Kinder, um ihre kognitiven Fähigkeiten weiter zu entwickeln. Deshalb drängen wir darauf, unter klar formulierten Hygienestandards und -auflagen so schnell wie möglich wieder Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu öffnen. Dabei ist es beschämend, wie viele Schulen es gibt, die nicht mit den einfachsten Hygienestandards ausgestattet sind. Das darf nicht so bleiben.

Eltern und besonders Alleinerziehende haben in den letzten Wochen Großartiges geleistet! Wir wollen zügig nach dem Beispiel Hamburgs ein **Corona-Elterngeld** einführen, um jene, die sich jetzt nicht auf Betreuungsstrukturen verlassen können, zu unterstützen. Eltern leisten doppelte Arbeit und zwar gerade jetzt!

⁷ Vgl. Kinderhilfswerk (2020): Positionspapier, https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/2_Kinderrechte/2.3_Kinderrechte_in_Deutschland/Positionspapier_Kinderrechte_Corona.pdf

Gerade für die Kinder, deren Nest zuhause nicht so warm ist, braucht es zügige und schnelle Angebote. Um den Infektionsschutz zu erhöhen, bietet sich Unterricht im Freien als Chance an. Schulen sollten jetzt Initiative ergreifen und grüne Klassenzimmer errichten und ausbauen. Aber auch abseits des Schulgebäudes bieten sich mit den geforderten kleinen Schüler*innengruppen produktive Bedingungen für das „Lernen am anderen Ort“. Es ist an der Zeit, diese Lernform zu entbürokratisieren und hier, wie auch insgesamt, die Eigenständigkeit von Schule zu stärken. Schulen sollen ohne bürokratische Hürden kreative Lösungen zugunsten der Kinder kreative Lösungen erarbeiten können.

Für die Lehrer*innen ist eine länderübergreifende Einigung erforderlich, dass Leistungserbringung vorerst zweitrangig ist. Es muss uns bewusst sein, dass die Endjahres-Zeugnisse von der gewohnten Form abweichen werden. Dennoch: Eine krisenbedingte Beschränkung auf so genannte "Kernfächer" lehnen wir ab. Die Vielfalt der Bildung muss weiterhin gewährleistet werden.

Wir erleben gerade hautnah, wie abhängig Bildungserfolg von digitaler Kompetenz sowie Medienkompetenz und Ausstattung (Hardware) ist. Während manche Lehrer*innen ihr Material noch immer ausdrucken und zur Abholung auslegen, toben sich andere im DigitalTeaching voll aus. Um Wildwuchs vorzubeugen, und auch vor dem Hintergrund der Datensicherheit, muss **ein Digitalkonzept aus einem Guss** erarbeitet werden. So darf es thüringenweit nur EINE Cloud, EIN Tool für Videokonferenzen, EINE Kommunikations-App und EINE Lern-App geben! Nicht alle Eltern können ihre Kinder mit teuren mobilen Endgeräten, die für digitale Lernangebote unabdinglich sind, ausstatten. Hierfür braucht es eine gemeinsame **Digitalisierungsoffensive von Bund und Ländern** sowie dauerhafte Ansprechpartner*innen auch außerhalb von Schule und Jugendhilfe.⁸

Das alles hochgradig bedienerfreundlich und datenschutzkonform zu gestalten, ist jetzt die Kernaufgabe. Es muss sowohl für Digital Natives als auch für Digital Immigrants einfach und mit Spaß einzusetzen sein. Nur so wird es auch tatsächlich verwendet. Ein nachhaltiger Erfolg dieser **Digital-Offensive** kann sich aber nur einstellen, wenn Ministerium, Kommunen und Schulämter in gutes IT-Personal investieren. Das ist für die Betreuung der digitalen Infrastruktur unerlässlich.

3. „Not all SHEroes wear capes!“ - Systemrelevanz reloaded

Systemrelevanz war das Stichwort, das während der Bankenkrise ein Stützen von selbstverschuldet in eine Krise geratenen Banken durch öffentliche Gelder begründete. „Too big to fail“ hieß es damals. Aber relevant für das System, verantwortlich dafür, dass der Laden läuft, sind zu großen Teilen ganz andere gesellschaftliche Bereiche, wie die Corona-Zeit offenlegt. Menschen, die uns durch ihr Handeln nicht in eine Krise bringen, sondern damit wesentlich helfen, sie zu überwinden.⁹

Jetzt ist daher auch Zeit, nicht nur danke zu sagen, sondern zu sagen, was ist: Ob Pflegerin oder Krankenschwester: Sie sind systemrelevant und müssen entsprechend wertgeschätzt und entlohnt werden. Daher plädieren wir für einen **Pflegebonus**, der nicht nur einmalig an Pflegekräfte gezahlt wird (wie in Schleswig-Holstein), sondern in Höhe von 1500 Euro an systemrelevante Gruppen in den Akut-Monaten. Es ist weiterhin Aufgabe des Bundes, einen **Pflege-Soli** auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus müssen die Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürger*innenversicherung weiterentwickelt, das Pflegebudget ausgeweitet und stark verbesserte steuerfinanzierte Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige nach dem Vorbild des Elterngeldes geschaffen werden. Dafür wollen wir uns im Bundesrat einsetzen.

⁸ Vgl. BLLV (2020), Bildungsgerechtigkeit in Gefahr, <https://www.bllv.de/vollstaendiger-artikel/news/bildungsgerechtigkeit-in-gefahr/>

⁹ Beha, Sarah (2020), Purpose ist nicht systemrelevant, 26. März 2020, in: <https://newmanagement.haufe.de/organisation/corona-krise-purpose-vs-systemrelevant>

Generell gilt: Ökonomische Interessen dürfen im Gesundheitssystem nicht an erster Stelle stehen. Im Vordergrund steht die Gesundheit der Menschen. Menschliche Zustände in Kliniken und Altenheimen sind kein Luxus, sondern ein Wesenskern unserer sozialen Demokratie. Menschliche Zustände bedeuten ein hochkompetentes und liebevolles Sich-Kümmern um Hilfsbedürftige. Dafür brauchen wir ausreichend viele, ausreichend ausgebildete und ausreichend bezahlte Spezialist*innen, die medizinisch, technisch, körperlich und vor allem geistig und seelisch dieser Herausforderung gewachsen sein können.

Überdies ist den **Öffentlichen Gesundheitsdiensten**, die an ihre Grenzen gestoßen sind, eine bessere finanzielle Ausstattung zuzugestehen, auch damit sie gut auf die nächsten Krisen vorbereitet sind. Die Ausstattung von Beratungsstellen, gerade der Telefonseelsorge usw., ist zu verbessern.

Außerdem wollen wir die **Gesundheitsforschung** stärken. Dass Wissenschaft systemrelevant ist, haben die vergangenen Wochen klar gezeigt.

4. Von mehr Beteiligung profitieren alle – Bürger*innenrechte stärken - Demokratieoffensive starten

Bürger*innenbeteiligung und demokratische Entscheidungsfindung sind keine Schönwetter-Regelungen. Sie dürfen in der Krise nicht abgebaut, sondern müssen intelligent und flexibel ergänzt werden. Dabei wird uns auch der routiniertere Umgang mit digitalen Medien helfen.

Neben direktdemokratischen Verfahren (Volksbegehren und Entscheide) und institutionalisierten Verfahren (Petitionen, fakultative Referenden) müssen künftig auch die sogenannten konsultativen beziehungsweise informellen Angebote der Bürger*innenbeteiligung gestärkt und die verschiedenen Angebote in einer Beteiligungsplattform gebündelt werden. Gerade jetzt, wo die aktuelle Krise nicht mehr durch schnelles „Durchregieren“, sondern nur durch geduldige Zusammenarbeit aller Bürger*innen bewältigt werden kann, müssen diese Bürger*innen fortlaufend beteiligt werden – zum Beispiel durch Bürger*innerräte. Sie erweitern die Expertise, schaffen Akzeptanz und erhöhen die Bereitschaft zur Solidarität.

Perspektivisch schlagen wir vor, nach dem Vorbild von Baden-Württemberg eine **Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürger*innenbeteiligung** zu etablieren. Diese sollte nach dem genannten Vorbild ein Beteiligungsportal für Thüringen aufbauen, Vernetzungs- und Moderationsaufgaben übernehmen, Qualifizierungsangebote vorantreiben und auch neue, innovative Beteiligungsprojekte federführend verantworten. Dabei sollte sie vom ersten Tag an digitale Formate vorrangig bearbeiten. Gezielt sollen dabei auch Kommunen künftig unterstützt werden. Zudem hat gerade die Corona-Pandemie gezeigt, wie wichtig eine aktive Zivilgesellschaft ist. Auch hier könnte die Stabsstelle eine wichtige unterstützende und vernetzende Funktion wahrnehmen.

Die Thüringer Kommunalordnung ist dahingehend zu reformieren, dass gewählte Entscheidungsträger*innen trotz Kontaktbeschränkungen die Möglichkeit haben, die Ausübung ihres Mandats vollumfänglich wahrzunehmen.

5. Hilfen für Soloselbständige und Künstler*innen verstetigen sowie internationale Verbindungen stärken

Nicht zum ersten Mal zeigt sich die Bedeutung der Künste in krisenhaften Situationen. Gerade dann brauchen wir Menschen Anregung und Zuspruch aus der Musik, der Kunst und der Literatur. Viele selbstständige Künstler*innen aber leben in prekären Verhältnissen und erzielen nun gar keine Einnahmen mehr. Als gering verdienende Selbstständige sind sie nicht abgesichert. Wir for-

dern deshalb einen vereinfachten Zugang zur Künstlersozialkasse und deren Ausbau, neben Renten- und Krankenversicherung, um einen „**Status DÍntermittence**“ – einen Überbrückungsstatus nach dem Beispiel Frankreichs – zu ermöglichen. So wird Künstler*innen die ‚einkommenslose‘ Periode zwischen ihren Auftritten oder Präsentationen abgefedert. Dadurch könnten selbstständige Künstler*innen dauerhaft von ihren schlimmsten Existenzsorgen befreit werden.

Die Corona-Krise ist gleichzeitig eine internationale Herausforderung und betrifft Künstler*innen und Kreative global. Im Bereich der kulturellen Bildung und Kooperationen sind zudem zahlreiche Projekte der institutionellen und nicht-institutionellen künstlerischen Arbeit mit Geflüchteten betroffen. Somit brauchen Menschen auf der Flucht, Menschen, die mit Kunst und Kultur in der Flüchtlingshilfe arbeiten, aber auch Kulturschaffende in Europa und weltweit unsere Solidarität. Wir tun alles, damit der internationale Austausch unter Kreativen und in der Zivilgesellschaft erhalten bleibt und die vielerorts so wichtigen Kommunikations- und Schutzräume nicht verloren gehen.

Wir brauchen zügig ein **Landesmusikschulgesetz**. Von heute auf morgen standen in den Kommunen Honorarkräfte, die nur nach Präsenzstunden abgerechnet werden, ohne Einkommen da. Die jahrelang von der öffentlichen Hand geförderte Zwei-Klassen-Gesellschaft unter Kulturschaffenden u. a. an den Musikschulen hängt die in der Krise ohnehin strukturell Benachteiligten weiter ab. Das wollen wir beenden.

6. Gesellschaft neu denken

Die Corona-Krise und der erzwungene Stillstand unseres „normalen Lebens“ haben Platz gemacht für Kreativität und Probielust. Gleichzeitig haben sich Prioritäten verschoben: Weg von materiellen Fixierungen, wie dem Kauf des neuesten Smartphones oder der Buchung des nächsten Wochenendtrips, hin zu gemeinschaftlichen Herausforderungen, wie die Kontakte mit Verwandten und Freunden, die gemeinsame Freizeitgestaltung im eigenen Heim oder das Nähen von Behelfsmasken. Menschen gehen wieder häufiger in die Natur als in die Einkaufszonen, die Verkäuferin wird zur Heldin, das Videomeeting mit dem Hobbyclub zur neuen Gemeinschaftserfahrung. Es zeigt sich: die Eckpfeiler unserer Gesellschaft sind Solidarität und Gemeinsinn.

So sollten wir nicht nur messen, was wir erwirtschaften, sondern auch, wie gut wir leben. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist dafür nicht der maßgebliche Indikator. Wir wollen deshalb jährlich einen Wohlstandsindikator, wie zum Beispiel den Regionalen Wohlfahrtsindex, für Thüringen berechnen lassen und als kontinuierliches Maß für die Erfolge unserer Politik verwenden. Er berücksichtigt neben den wirtschaftlichen Kennzahlen auch die Qualität sozialer Einrichtungen, des Gesundheitswesens, der Teilhabe und vieler anderer Dinge, die für ein gutes Leben notwendig sind.

Diskutiert werden sollte auch, inwiefern und in welcher Form ein bedingungsloses Grundeinkommen unsere Vorstellung von Leben und Arbeiten bereichern kann. Die Diskussionen dazu wollen wir weiter vorantreiben und dabei auch über Pilotprojekte reden.

Die Corona-Krise hat außerdem viele Schwarmideen zutage gefördert. Wir wollen sie einfangen, indem wir einen Ideenaustausch darüber organisieren, was uns die Corona-Zeit gelehrt hat und wie das zukünftige Zusammenleben in Thüringen aussehen soll. Die Bürger*innen sollen so die Gelegenheit bekommen, ihre neue Normalität aktiv mitzugestalten. Das stärkt die Selbstwirksamkeit und Resilienz unserer Gesellschaft.

Schließlich hat die Corona-Krise gezeigt, wie wertvoll wissenschaftliche Erkenntnisse als Handlungsorientierung sind. Aufgabe der Politik ist es, sie ernst zu nehmen, mit vielen weiteren gesellschaftlichen Anforderungen abzugleichen und dementsprechend zu handeln. Das gilt auch für die Klimakrise.

Wir setzen auch in Zukunft auf eine faktenbasierte Politik (Follow the Science). Sie soll mit Mut und Eindeutigkeit die Weichen stellen für eine klima- und ressourcenschonende, resiliente Gesellschaft und für eine lebenswerte Zukunft.

Endredaktion: Milena Fritzsche